

Johann Heinrich von Thünen und die Revolution von 1848

Johann Heinrich von Thünen ist vor allem als bedeutender Nationalökonom und als herausragender Landwirt bekannt. Der 1783 in Canarienhäusen in Ostfriesland geborene Sohn eines wohlhabenden Bauernhofbesitzers siedelte sich 1848 auf dem Gut Tellow in der Nähe Teterows an. Er modernisierte nicht nur seinen Gutsbetrieb, sondern arbeitete hier auch wissenschaftlich. Seine Tellower Buchführung bildete die Grundlage für sein Hauptwerk: „Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie“, mit dem er die landwirtschaftliche Standort- und Intensitätslehre begründete. Aber er war nicht nur ein hervorragender Analytiker landwirtschaftlicher und betriebsökonomischer Vorgänge, sondern auch ein genauer Beobachter der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung. Die politische Haltung und das politische Wirken Thünens sind jedoch weniger bekannt.¹

Von seiner intensiven Beschäftigung mit politischen Fragen zeugen eine Vielzahl von Äußerungen zu politischen Ereignissen seiner Zeit und Wertungen politischer Programme und Konzeptionen, die uns vor allem durch seine Briefe² aber auch durch seine Schriften übermittelt sind.

Thünen hatte bereits im „Isolierten Staat“ festgestellt, dass nach der französischen Revolution von 1789 auch die anderen europäischen Völker nach einem bürgerlich-konstitutionellen Staat streben würden. Als 1847 in den deutschen Ländern Hungerunruhen ausbrachen, die Liberalen auf dem preußischen Landtag dem König die Vorlagen über neue Anleihen und Geldmittel ablehnten, um ihn zu zwingen, endlich sein Verfassungsversprechen einzulösen und sich das Bürgertum als neue gesellschaftliche Kraft politisch formierte, sah Thünen darin erste Anzeichen einer sich anbahnenden und für ihn notwendigen Auseinandersetzung zwischen dem herrschenden Adel und dem Volk.

Das politische Geschehen verfolgte Thünen zum einen durch ein ausgedehntes Zeitungsstudium. So befinden sich im Thünennachlass mehrere Ausgaben von insgesamt 11 Zeitungen. Dazu gehörten u.a. die Allgemeine Preußische Staatszeitung, das Freimüthige Abendblatt³, die Mecklenburgische Zeitung⁴ und die Weser-Zeitung, ein im Großherzogtum Oldenburg erscheinendes Blatt. Zum anderen erhielt er durch einen intensiven Briefwechsel sowie durch die Be-

suche von und bei Gutsnachbarn und die Versammlungen des Teterower Distrikts des Mecklenburgischen Patriotischen Vereins⁵ viele Informationen.

Im folgenden soll nun anhand der erhalten gebliebenen Briefe aus den Jahren 1848 bis 1850 analysiert werden, zu welchen Ereignissen der Revolution Thünen Stellung nahm, wie er sie bewertete und wie er reagierte.

Erste Äußerungen Thünens zum politischen Zeitgeschehen im Jahr 1848 erfolgten im Februar. „Vor allem beschäftigen mich jetzt aber die großen politischen Fragen: die Konstitutionen in Italien⁶, München,⁷ Bassermann's Rede⁸ – die ausspricht, was alle fühlen und deshalb zu einer Weltbegebenheit werden kann – und jetzt der Aufruhr in Paris⁹, wovon die Folgen noch gar nicht abzusehen sind.“¹⁰

Für Thünen stellte sich vor allem die Frage, auf welchem Wege die anstehenden gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland erfolgen sollten. Sie bildeten den ersten Hauptpunkt seiner Beschäftigung mit politischen Problemen im Jahre 1848.

In der am 12. Februar von dem badischen Liberalen Friedrich Daniel Bassermann formulierten und in ganz Deutschland viel beachteten Forderung nach einer Ständevertretung des deutschen Volkes beim Bundestag und in den Verfassungskämpfen in Italien sah Thünen den Weg, auf dem sich die von ihm als notwendig erachteten Veränderungen der Gesellschaft vollziehen sollten. In einer rechtzeitigen Vereinbarung von Regierenden und Volk konnten gewaltsame Veränderungen, wie sie sich seiner Ansicht nach in Frankreich ankündigten, vermieden werden. Schon im ersten Teil des Isolierten Staates hatte Thünen Befürchtungen hinsichtlich revolutionärer Veränderungen der Gesellschaft geäußert. Er sah in dem Ringen nach der konstitutionellen Freiheit bereits den Keim eines Kampfes enthalten, der leicht verderblicher und verheerender werden kann, als irgendeiner der früheren.¹¹ Zu dieser Schlussfolgerung war er durch die von den utopischen Kommunisten¹² verbreiteten Ansichten gekommen. „Schon jetzt zeigen sich in Frankreich – diesem Herd der sich über Europa verbreitenden Erschütterungen – in den Ansichten und Lehren der Kommunisten die ersten Spuren des beginnenden, jetzt noch unblutigen Kampfes“¹³. Thünen erkannte bereits hier die sich mit der Entwicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft herausbildenden neuen sozialen und politischen Gegensätze zwischen der besitzenden Klasse und der Arbeiterschaft. Deutlicher formulierte er das dann nach der französischen Julirevolution von 1830 in einem Brief an seinen Halbbruder Christian Dietrich v. Buttell, wo er vom Beginn eines furchtbaren Kampfes spricht, „... der zu einer Entschei-

derung vielleicht ein halbes Jahrtausend voller Zerstörung und Elend bedarf. Ich meine den Kampf zwischen dem gebildeten Mittelstand und dem gemeinen Volk, oder eigentlich zwischen dem Kapitalisten und dem Handarbeiter.“¹⁴ Diese Auseinandersetzung sollten nach Thürens Ansicht zu einer Reformierung der Gesellschaft führen, während er eine Revolution als ihr Verderbnis ansah. Damit vertrat er die im deutschen Liberalismus vorherrschende Auffassung, dass gesellschaftspolitische Veränderungen nur auf dem Boden des Rechts vollzogen werden dürfen.

Die Frage, wie die nationale Einheit erreicht, wie sie aussehen und wer sie schaffen sollte, spielte eine zentrale Rolle in Thürens politischen Gedanken und bildete den zweiten Schwerpunkt seiner politischen Äußerungen im Revolutionsjahr.

Bereits 1844 hatte Thüren die nationale Einheit Deutschlands als eine wichtige Frage angesehen. Er sprach sich für einen förderativen Staat mit selbständigen Einzelstaaten und freiem inneren Verkehr aus, der gegen das Ausland eine staatliche Einheit bilden sollte. Thüren hatte das durch die französische Julirevolution von 1830 errichtete bürgerlich konstitutionelle System begrüßt, und es „als ein Triumph der fortgeschrittenen Bildung, daß das Volk, die Macht in den Händen habend, sich selbst freiwillig den gesetzlichen Schranken unterwirft, ohne seiner Allgewalt nur einen Augenblick Mißbrauch zu machen,“¹⁵ bezeichnet. Für Thüren bildete eine begrenzte Volkssouveränität das gesellschaftspolitische Ideal.

Dagegen fand die im Februar 1848 in Frankreich ausgerufene Republik nicht seine Sympathie. „Die französische Republik erschreckte mich anfangs sehr; später ist sie mir als ein notwendiges Schreckbild erschienen, da nur starke, sehr starke Mittel die Zähigkeit und das Festhalten an usurpierten Rechten überwinden können.“¹⁶ Eine republikanische Staatsform akzeptierte Thüren also nur als ein temporäres Mittel, um die alten Verhältnisse überwinden zu können, nicht aber als gesellschaftspolitisches Ziel. Das war nach seiner Auffassung die konstitutionelle Monarchie. Der einzige deutsche Staat, der in der Lage war, den Prozess der Nationalstaatsbildung und der Verfassungsgebung in Deutschland zu führen, war für Thüren Preußen. Nach der französischen Februarrevolution traute er nur Preußen zu, ein Übergreifen der französischen Revolution auf Deutschland zu verhindern.

Trotz seiner ablehnenden Haltung gegenüber revolutionären Veränderungen begrüßte er doch die Ergebnisse der Aufstände in Wien und Berlin. In den Berliner Ereignissen vom 18. März, die Thüren wegen der blutigen Kämpfe nicht guthieß, sah er trotzdem eine Chance für

die deutsche Einheit – wenn die Vernunft herrschend bleibt.“¹⁷ Mit diesem Hinweis auf die Vernunft machte Thünen deutlich, dass nach der gewaltsamen Auseinandersetzungen wieder auf den Weg der Vereinbarung zurückgekommen werden muss.

Die Ankündigung von Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung befriedigte Thünen sehr. Für ihn war das nationale Parlament „die Zentral-Sonne, von der alles abhängig ist“¹⁸. Nur darin sah er die Garantie, dass dann auch eine Verfassung verwirklicht werden kann.

Den Revolutionsverlauf analysierend kam Thünen schon am 18.07.48 zu der Erkenntnis, dass „keine andere Rettung für Deutschlands Einheit und Selbständigkeit [bestehe], als in der Wahl des Königs von Preußen zum Erbkaiser.“¹⁹ Aber diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Eine allerletzte Chance für die Herstellung der deutschen Einheit sah er den von ihm begrüßten Unionsplänen des preußischen Generals von Radowitz. Als diese am österreichischen Widerstand zu scheitern drohten, äußerte er, dass um das Sein oder Nichtsein des Deutschen Reiches“²⁰ging. Das endgültige Scheitern der Unionspolitik und die Wiederherstellung des Deutschen Bundes erlebte Thünen dann nicht mehr.

Ein dritter Schwerpunkt der Analyse der 1848er Revolution durch Johann Heinrich von Thünen bildete die soziale Frage. Bereits im März 1848 erkannte er, dass, die Revolution „eine so große und weitgreifende wird, weil sie nicht bloß politischer, sondern auch socialer Natur ist.“²¹ Für ihn war deutlich geworden, dass es nicht nur um die nationale Einheit, sondern auch um die Verbesserung der sozialen Lage der arbeitenden Klasse ging. Zu dieser Erkenntnis hatten ihn die Geschehnisse in Frankreich im Februar 1848 geführt, wie er rückblickend 1850 formulierte „Die Frage: was kommt dem Arbeiter zu? Ist seit der Februarrevolution 1848 unter das Volk geworfen und bewegt jetzt den ganzen Westen Europas. Das dumpfe Gefühl, daß der gegenwärtige Zustand der Arbeiter nicht der natürliche ist, herrscht völlige Unklarheit und Begriffsverwirrung.“²²

Schon 1846 hatte Thünen hervorgehoben: „Die nächste Zukunft der arbeitenden Klasse beunruhigt und bekümmert mich.“²³ Die Trennung des Arbeiters von seinem Erzeugnis bezeichnete er als die Quelle des Übels und er sah in der naturgemäßen Verteilung des Einkommens die Lebensfrage für das Fortbestehen der Staaten in der bürgerlichen Gesellschaft.²⁴ So suchte er nach Mitteln und Wegen, um die Lage der Arbeiter, insbesondere der Landarbeiter verbessern zu können. Das sah er als unabdinglich an, wenn eine Revolution vermieden werden sollte.

Thünen wollte nicht akzeptieren, dass der natürliche Arbeitslohn der Arbeiter durch die Summe ihrer notwendigen Lebensbedürfnisse bestimmt sei. Ricardo hatte sie mit seiner These, wonach für die Bestimmung des Arbeitslohnes allein das Existenzminimum ausschlaggebend sei, am deutlichsten formuliert. Thünen sah jedoch, dass der Lohn nicht nur ein Konkurrenzpreis war, sondern für die Arbeiter das Einkommen, welches ihre Lebensverhältnisse und ihre Entwicklungsmöglichkeiten bestimmte. Ausgehend von seiner humanistischen Grundhaltung waren für ihn Bildung und physisches Wohlbefinden unerlässlich für die Entwicklung freier Persönlichkeiten. Daher fragte er nach einem Gesetz, nach dem die Verteilung des Arbeitserzeugnisses zwischen Arbeitern, Kapitalisten und Grundbesitzern geschehen sollte. Durch mühevollen Arbeit und Berechnungen entwickelte Thünen die Lehre vom naturgemäßen Arbeitslohn und fasste sie mathematisch in der berühmt gewordenen Formel: „ \sqrt{ap} “ zusammen. Sie findet sich entsprechend seinem Wunsche auf seinem Grabstein an der Kirche in Belitz. Nach dieser Formel wird der gerechte Lohn durch die Wurzel aus dem Produkt des Existenzminimums und der Produktivität bestimmt. Thünens Grundgedanke, die Arbeit mit steigender Produktion auch steigend zu entlohnen, zielte darauf ab, die Arbeiter am Betriebsergebnis zu interessieren und sie so auch an den Betrieb zu binden. Zugleich wollte er auf diese Weise das Problem der Alters- und Invalidenversorgung der Gutstagelöhner lösen. Thünen reagierte damit auf die außerordentlich schlechten Lebensbedingungen der mecklenburgischen Tagelöhner.

Die von Thünen entwickelte Lohnformel stieß bis in die Gegenwart hinein mehrheitlich auf Ablehnung, da sie die Verteilungsfrage nicht objektiv zu entscheiden vermochte. In jüngster Zeit sind jedoch einige bemerkenswerte Beiträge zu dieser Thematik erarbeitet worden, die sie neu bewerten.²⁵ Trotz ihrer Unzulänglichkeiten oder Grenzen bildete die Formel den Ansatz für einen Weg zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter. Damit gehörte Thünen zu den Begründern der modernen Sozialpolitik, auch wenn seine Untersuchungen zum Arbeitslohn neben einer Verbesserung der sozialen Lage der Landarbeiter vor allem darauf abzielten, die Produktivität des Gutsbetriebes zu erhöhen. Seine Leistungen finden jedoch in historischen Gesamtdarstellungen des 19. Jahrhunderts bis heute hin keine Berücksichtigung.

Thünen arbeitete nicht nur theoretische Konzepte einer Sozialpolitik aus, sondern er praktizierte sie auch. Er hatte seine Untersuchungen abgeschlossen, als es in Mecklenburg 1848 zu ersten Unruhen unter den Landarbeitern kam. „Die Volksaufregung manifestiert sich auch hier schon in Taten – und die Gutsbesitzer, besonders die Adligen, sind in großer Sorge, und wohl

nicht mit Unrecht – denn von vielen Orten hört man von Verbindungen und Verabredungen der Leute gegen ihre Herren. „Gar sehr fürchte ich, daß zu Ostern große Bewegungen entstehen werden. Schon jetzt gehen auf manchen Gütern die Forderungen der Leute ins Unvernünftige.“²⁶ Das veranlasste ihn zu der Frage, was hinsichtlich der Landarbeiter zu Ostern getan werden könne. „Ist jetzt der Augenblick, wo das was nach allen meinen Untersuchungen als das einzige Heil für die arbeitende Klasse mir erschienen ist: ‘den Arbeitern eine Zulage – noch besser einen Anteil an dem Ertrage des Gutes zu geben, welcher erst nach vollbrachten 60. Lebensjahr zu ihrer Verfügung gestellt wird, wovon sie aber bis dahin die Zinsen beziehen’ zur Realisation gebracht werden kann und darf?

Er setzte sein Vorhaben am 15. April 1848 um, obwohl er Bedenken hatte, ob nicht das „was ich schon längst im Herzen getragen habe, unwürdigerweise als Furcht ausgelegt werden könnte, wenn es jetzt realisiert wird“²⁷. Auch sorgte er sich darüber, ob damit nicht ein Feuerbrand in die ohnehin schon gärende Masse geworfen und damit eine Gefahr für seine Nachbarn oder sogar in einem weitem Kreise heraufbeschworen wird?²⁸

Am 19. April teilte er seinem Sohn mit, „mein lang gehegter Plan in bezug auf den Anteil der Arbeiter an dem Gutsertrag ist jetzt bereits realisiert. Ich habe es so gestellt, daß wenn der Gutsertrag so bleibt, wie er im Durchschnitt der letzten 14 Jahre überwiegend gewesen, jedem Dorfbewohner jährlich 10 Thr Pr Cr zufallen, die bis zu seinem 60. Lebensjahr unkündbar und zu 4 1/6 % Zinsen stehen bleiben. Den Arbeitern ist dadurch nun eine heitere Aussicht in die Zukunft eröffnet, und sind zugleich unabänderlich an mein Interesse geknüpft.“²⁹

Einen Tag nach dem Thünen die Beteiligung seiner Arbeiter am Gutsertrag verfügt hatte, trafen sich bei Johann Pogge auf Roggow sieben Gutsbesitzer, darunter Thünen, um über die Landarbeiterfrage zu beraten. Die von den einzelnen Gutsbesitzer entwickelten Vorstellungen über die Behandlung und Entlohnung der Tagelöhner sind als als Roggower Protokoll³⁰ veröffentlicht worden. Obwohl Thünen sich für die Verbesserung der Lage der Landarbeiter engagierte, lehnte er den Aufstand der Torgelower Landarbeiter, der von Plünderungen und Brandlegungen begleitet war, ab. Er bewaffnete sogar seine Leute, um Tellow und Umgebung gegen die aufständischen Torgelower zu schützen.

Aber Thünen musste auch mehrfach feststellen, dass seine Lohnformel nicht ausgereift war.³¹ Trotzdem ließ er sich von Schumacher dazu überreden, die Ergebnisse seiner Untersuchungen über den Arbeitslohn als zweiten Teil des Isolierten Staates zu veröffentlichen. Die nicht ge-

klärten Fragen sollten weiteren Untersuchungen vorbehalten sein und ihre Ergebnisse in einer Fortsetzung des Isolierten Staates münden. Als ein erstes Ergebnis darf man wohl den im Januar 1850 geschriebenen und 1933 erstmals bekannt gewordenen Paragraphen 24 ansehen, indem sich Thünen intensiv mit den Verteilungstheorien der Sozialisten und Kommunisten auseinandersetzte. Er lehnte vor allem die vorgesehene gesellschaftliche Verteilung des Arbeitsproduktes ab. Sie – so Thünen – „setzt ein Menschengeschlecht voraus, das nicht vorhanden ist, ein Menschengeschlecht, was ohne den Stachel des eigenen Interesses aus bloßem Pflichtgefühl sich der Mühe und Anstrengung der Arbeit für andere unterzieht. Da es aber ein solches Menschengeschlecht nicht gibt, so wird ... statt der gehofften Freiheit und Unabhängigkeit hier die Knute herrschen müssen, oder der Staat müsste ganze Haufen von Müßiggängern ernähren, was dann gar bald zum Staatsbankrott führen würde“³² Das Schicksal der sozialistischen Staaten am Ende 20. Jahrhunderts spricht wohl für die Richtigkeit der Thünenschen Gedankengänge.

Auch sein eigenes Sozialmodell stellte Thünen nun in Frage. Es hatte weder von Seiten der Ritterschaft noch des Staates eine Bereitschaft gegeben, seine sozialpolitischen Vorstellungen aufzugreifen und enttäuscht musste er auch feststellen, dass der arbeitenden Klasse die Kraft fehlte, „den gegenwärtigen Genuss dem künftigen Heil zu opfern“³³, also einen Teil des Lohnes zu sparen. Eine Hoffnung zur Entschärfung der sozialen Probleme sah er zuletzt in der Entdeckung der Goldlager in Kalifornien, „... welches ein verdoppeltes Ausströmen der überflüssigen Volksmenge zur Folge haben wird. Dadurch wird nicht nur ein neuer Weltteil bevölkert, sondern auch der alte Weltteil vor dem Elend eines hungernden Volkes und der daraus hervorgehenden Anarchie und Auflösung der sozialen Ordnung bewahrt...“³⁴

Zusammenfassend wurde deutlich, dass Thünens Meinungen und Vorschläge ihn politisch als einen Anhänger des gemäßigten Liberalismus ausweisen. Wichtigstes Ziel stellte für ihn die Errichtung eines deutschen Nationalstaates durch eine Reformierung der Gesellschaft dar. Revolutionäre Veränderungen wie auch weitreichende Demokratiebestrebungen lehnte er ab. In einer durch eine Verfassung abgesicherten begrenzten Volkssouveränität sah Thünen seine Vorstellungen verwirklicht. Damit diese von ihm befürwortete bürgerliche Gesellschaft nicht der Gefahr einer Revolution ausgesetzt wird, musste nach seiner Auffassung vor allem die soziale Frage gelöst werden. Diese in Angriff genommen zu haben ist eines seiner größten Ver-

dienste und es sollte wie auch seine Analysen der gesellschaftlichen Entwicklung in stärkerem Maße in die historische Darstellung und Vermittlung einfließen, insbesondere in Mecklenburg.

-
- ¹ Eine erste unvollständige Zusammenstellung von Johann Heinrich v. Thünens Meinungen zum politischen Geschehen nahm *Hermann von Wenckstern* vor. Vgl. Johann Heinrich von Thünens Stellungnahme zu dem politischen Zeitgeschehen nach seinen Äußerungen in Briefen zusammengestellt von der Verwaltung des Thünen-Archivs, o.O., o.J., Ms, in: Thünen-Archiv im Universitätsarchiv Rostock (im folgenden UAR TA) B IV/8. *Lutz Werner* untersuchte die politische Haltung Thünens zu den politischen Hauptfragen in den 1840er Jahren. Vgl. ders., Liberalismus und bürgerlicher Großgrundbesitz in Mecklenburg vor 1850, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 1986/12, S. 1080-1095.
 - ² Vgl. zu den Briefen im Thünen-Archiv den Beitrag von *Gunther Viereck*, Das Thünen-Archiv der Universität Rostock und seine Quellen zum Jahr 1848, in: *Buchsteiner, Ilona (Hg.) Thünen und das Jahr 1848*, Rostock 1999, S. 107-118.
 - ³ Das „Freimüthige Abendblatt“ erschien seit 1818 wöchentlich in Schwerin und wollte wie es sein Titel aussagte, in offener und freimütiger Weise die politischen und wirtschaftlichen Zustände besprechen und kritisieren. Es stand sowohl liberalen als auch konservativen Meinungsäußerungen offen. Thünen publizierte auch in diesem Blatt. So unter anderem zur Steuerreform. Vgl. UAR TA BI 189 Johann Heinrich von Thünen an seinen Sohn Hermann von Thünen, 1.12.1846.
 - ⁴ Die Mecklenburgische Zeitung erschien seit dem 1. Oktober 1848 als Blatt der konstitutionellen Liberalen.
 - ⁵ Vgl. dazu den Beitrag von *Gerhard Heitz*, Teterow als Distriktsort des Mecklenburgischen Patriotischen Vereins, in: *Buchsteiner, Ilona (Hg.) Thünen und das Jahr 1848*, Rostock 1999, S. 80f. Thünen wurde als Mitglied erstmals 1813 aufgeführt, war aber seit 1810 Mitglied. Vgl. ebenda, S. 81 und Anm. 60.
 - ⁶ Nach Aufständen auf Sizilien und Sardinien-Pimont waren hier Verfassungen verkündet worden.
 - ⁷ Das bezieht sich auf den Studentenaufstand Mitte Februar 1848. Die bestehende Missstimmung, vor allem auch wegen einer strengen Pressezensur war durch die Affäre des Königs mit der Tänzerin Lola Montez in Unruhen umgeschlagen.
 - ⁸ *Friedrich Daniel Bassermann* (1811-1855), Buchhändler in Mannheim, hatte in einer Rede am 12. Februar 1848 ein gesamtdeutsches Parlament gefordert.
 - ⁹ Das bezog sich auf die beginnenden Unruhen, die in die Februarrevolution mündeten.
 - ¹⁰ Johann Heinrich v. Thünen an seinen Sohn Heinrich 1848, ohne konkrete Datumsangabe, in: *Hermann Schumacher*, Ein Forscherleben, Rostock 1868, S.266. Bei *Hermann von Wenckstern*, Thünens Stellungnahme zu dem politischen Zeitgeschehen, ist diese Passage als Teil des Briefes an den Sohn vom 25.1.1848 wiedergegeben und als Quelle UAR TA, BI 208 angeführt. Diese Quelle gibt auch *Lutz Werner*, Liberalismus und bürgerlicher Großgrundbesitz, an. Dort aber findet sich diese Passage nicht. Thünen kann das auch nicht am 23.1.1848 geschrieben haben, da die Verfassungen in Italien am 11.2. und am 17.2. 1848 verkündet wurden, Bassermann seine berühmte Rede am 12.2. 1848 hielt und die Revolution in Paris erst am 22. Februar begann. Da Thünen noch nichts über den Ausgang der Revolution wusste, kann dieser Text wohl kaum vor dem 23. Februar und zieht man in Betracht, dass am A-

-
- bend des 24. Februar in Paris die Republik ausgerufen wurde, was auch in Mecklenburg Extra-Blätter vermeldeten, auch kaum später als am 28.2.48 geschrieben worden sein. An diesem Tag erreichte die Residenz in Schwerin die Nachricht. Vgl. *Gerhard Heitz*, Mecklenburg in den Jahren 1848-1850, in: Buchsteiner, Ilona (Hg.), Thünen und das Jahr 1848, S. 9. Ein Brief aus den Tagen vom 23. bis zum 28. Februar aber liegt nicht als Abschrift vor.
- ¹¹ Vgl. *Johann Heinrich von Thünen*, Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, Berlin 1990, S. 308.
- ¹² Die Ansichten der utopischen Kommunisten waren Thünen aus dem Studium des Werkes von Lorenz Stein bekannt.
- ¹³ Vgl. *Johann Heinrich von Thünen*, Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, Berlin 1990, S. 308.
- ¹⁴ UAR TA BI 63b, Johann Heinrich v. Thünen an Chr. D. v. Buttel, 7.11.1830.
- ¹⁵ UAR TA, BI 63b, Johann Heinrich v. Thünen an Chr. D. Buttel, 7.11.1830.
- ¹⁶ UAR TA, BI 212a, Johann Heinrich v. Thünen an Helene v. Buttel, 20.3.1848.
- ¹⁷ Ebenda.
- ¹⁸ UAR TA, BI 212a Johann Heinrich v. Thünen an Helene v. Buttel, 20.3.1848.
- ¹⁹ Ebenda.
- ²⁰ UAR TA, BI 252, Johann Heinrich v. Thünen an Edo H. v. Thünen, 18.4.1850.
- ²¹ UAR TA, BI 213, Johann Heinrich v. Thünen an Revisionsrat Schumacher, 25.3.1848.
- ²² *Johann Heinrich von Thünen*, Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, Berlin 1990, S. 625.
- ²³ UAR TA, BI 187, Johann Heinrich v. Thünen an Edo H. v. Thünen, 22.10.1846.
- ²⁴ Vgl. *Johann Heinrich Thünen*, Isolierter Staat, II. Teil, Rostock 1850, Abschnitt 1, S. 62.
- ²⁵ Vgl. Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XIV. – Berlin, 1995. (Schriften des Vereins für Socialpolitik NF; 115/XIV)
- ²⁶ UAR TA, BI 215, Johann Heinrich v. Thünen an Edo H. v. Thünen, 19.4. 1848.
- ²⁷ UAR TA, BI 216, Johann Heinrich v. Thünen an Edo Heinrich von Thünen, 13./14.4. 1848.
- ²⁸ Ebenda.
- ²⁹ UAR TA, BI 215, Johann Heinrich v. Thünen an Edo H. v. Thünen, 19.4. 1848.
- ³⁰ Vgl. Hermann Schumacher, Verhandlungen über die Stellung der Tagelöhner auf den Höfen in Mecklenburg. Das Roggower Protokoll, Schwerin 1848.
- ³¹ Isolierter Staat 1990, S. 500.
- ³² Paragraph 24 zuletzt abgedruckt in: Buchsteiner, Ilona (Hg), Thünen und das Jahr 1848, Anhang, S. 165-170.
- ³³ UAR TA, BI 235a, Johann Heinrich von Thünen an Revisionsrat Schumacher, 31.01.1849.
- ³⁴ UAR TA, BI 233a, Johann Heinrich von Thünen an Christian Dietrich von Buttel, 11.01.1849.